

**Niederschrift
über die 7. Sitzung des Verwaltungsausschusses**

Sitzung am :	Mittwoch, den 07.05.2025
Sitzungsort:	Sitzungszimmer 345

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:30 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender Oberbürgermeister Steffen Zenner

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Sven Gerbeth
Herr Lars Gruber
Frau Claudia Hänsel
Herr Ronny Hering
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzik
Herr Jörg Schmidt
Herr Tim Schuster
Herr Maik Schwarz

Beratende Mitglieder

Herr Fabrice Franke
Herr Uwe Geisler
Herr Wolfgang Müller zeitweise anwesend
Herr Benjamin Zabel zeitweise anwesend

Abwesende:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Mathias Weiser unentschuldigt

Beratendes Mitglied

Herr Mario Schreiter entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Nicole Ullmann	Datenschutzbeauftragte	TOP 9.1
Frau Pauline Olejnik	Justiziarin	TOP 4.1
Herr Sascha Giller	Justiziar	Gesamte Sitzung
Frau Nicole Friedel	SB Grundstücksverkehr	TOP 5.1
Herr Dr. René Schreiter	FBL Sicherheit und Ordnung	Gesamte Sitzung
Herr Marcel Fröbisch	Personalrat Verwaltung	Gesamte Sitzung
Herr Martin Hofmann	Rechnungsprüfungsamt	Gesamte Sitzung
Frau Carola Blume-Brake	FBL Haupt- und Personalverwaltung	Gesamte Sitzung

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Frau Dietrich	Freie Presse
Herr Lichtenberger	Präsentation Kriminalstatistik
Frau Baumgart	Vorstellung KV Sachsen

Tagesordnung: öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.2. Tagesordnung
 - 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 5. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 05.03.2025
 - 1.4. Beantwortung von Anfragen
 - 1.5. Informationen des Oberbürgermeisters
2. Information zur aktuellen Kriminalstatistik durch den Polizeipräsidenten, Herrn Lichtenberger, Leiter der Polizeidirektion Zwickau
3. Vorstellung der KV Sachsen zur Vergabe kommunaler MVZ durch Frau Baumgart, Ressortleiterin Vertragsärztliche Versorgung der KV Sachsen
4. Information
 - 4.1. Friedensrichterwahl 2025
INV-031/2025
5. Beschlussfassung
 - 5.1. Verkauf von Flurstück 529c der Gemarkung Chrieschwitz
BSV-137/2025
6. Vorberatung
 - 6.1. Satzung über die Feuerwehr der Stadt Plauen (Feuerwehrsatzung)
BSV-138/2025
 - 6.2. Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Einsätze der Feuerwehr der Stadt Plauen (Feuerwehrkostensatzung)
BSV-139/2025
 - 6.3. Satzung zur 13. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Plauen
BSV-120/2025
 - 6.4. Aufhebung der Haushaltssperre für die Nutzung von KI
BSV-140/2025
7. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die 7. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Zenner durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet. Gemäß § 39 Absatz 1 SächsGemO weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Verwaltungsausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadträtin Claudia Hänzel, Fraktion Die Linke/Grüne, und Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, bestimmt.

1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Oberbürgermeister Zenner stellt die Beschlussfähigkeit fest.

1.2. Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 7. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 5. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 05.03.2025

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 5. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 05.03.2025 fest.

1.4. Beantwortung von Anfragen

Keine offenen Anfragen.

1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

Keine Informationen.

2. Information zur aktuellen Kriminalstatistik durch den Polizeipräsidenten, Herrn Lichtenberger, Leiter der Polizeidirektion Zwickau

Herr Dirk Lichtenberger, Leiter der Polizeidirektion Zwickau, stellt anhand einer Präsentation die aktuelle Kriminalstatistik vor.

Die Präsentation wird den Fraktionen im Nachgang zur Verfügung gestellt.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktion Freie Bürgerliste, erkundigt sich, ob es Hinweise auf Schutzgelderpressungen in der Stadt Plauen gibt.

Herr Lichtenberger erklärt, dass es derzeit keine entsprechenden Hinweise gibt.

3. Vorstellung der KV Sachsen zur Vergabe kommunaler MVZ durch Frau Baumgart, Ressortleiterin Vertragsärztliche Versorgung der KV Sachsen

Frau Carmen Baumgart, Ressortleiterin Vertragsärztliche Versorgung der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen, erläutert anhand einer Präsentation die Voraussetzungen für ein kommunales medizinisches Versorgungszentrum.

Die Präsentation wird den Fraktionen im Nachgang zur Verfügung gestellt.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, hat eine Frage zur Grafik über die Augenärzte. Er möchte wissen, ob die Region so zugeschnitten wurde, dass die Versorgung insgesamt gut aussieht, auch an Stellen, an denen es eigentlich nicht so gut aussieht.

Frau Baumgart antwortet, dass die Region tatsächlich neu zugeschnitten wurde, weil das

Versorgungsthema im Vogtlandkreis nicht lösbar ist, auch nicht mit der Augenklinik in Plauen. Es braucht hier die Unterstützung weiterer Kliniken aus angrenzenden Regionen. Deshalb wird der Planungsbereich so erweitert, dass insgesamt vier Augenkliniken einbezogen werden.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Die Linke/Grüne, berichtet, dass es in Gera offenbar die Möglichkeit gibt, Medizinstudierende finanziell zu unterstützen, wenn sie sich verpflichten, nach ihrem Studium in der Region zu bleiben. Sie möchte wissen, ob es eine solche Möglichkeit auch in Sachsen gibt.

Frau Baumgart erklärt, dass es seit 2013 das Projekt „Studieren in Europa – Zukunft in Sachsen“ gibt. Dabei gehen 20 Studierende an die Universität Pécs in Ungarn. Die Studiengebühren werden für die Dauer der Regelstudienzeit sowie bei zweimaliger Verlängerung übernommen. Nach dem Studium absolvieren die Teilnehmer die Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin in Sachsen und arbeiten anschließend mindestens fünf Jahre als Hausärzte in Sachsen, außerhalb der Städte Leipzig, Markkleeberg, Dresden und Radebeul. Sie betont, dass es sich um einen sehr langen Prozess handelt. Der erste Studierende, der 2013 begonnen hat, arbeitet inzwischen in einer Praxis. Im optimistischen Fall wird mit einer Erfolgsquote von 50 Prozent gerechnet.

Oberbürgermeister Zenner fragt, ob es möglich ist, dass die Stadt Plauen einen jungen Studenten finanziell unterstützt, verbunden mit der Erwartung, dass er sich nach dem Abschluss in Plauen niederlässt. Er möchte wissen, ob eine solche Erwartung überhaupt gestellt werden kann.

Frau Baumgart erklärt, dass in diesem Fall ein entsprechender Vertrag geschlossen werden muss. Eine Garantie, dass der Studierende tatsächlich in Plauen bleibt, gibt es jedoch nicht. Im Ernstfall kann es zu einem Rechtsstreit kommen.

Stadtrat Lars Gruber, Fraktion SPD/Initiative, merkt an, dass die demografische Entwicklung im Vogtland stetig voranschreitet. Er möchte wissen, ob dieser Aspekt in den Planungen berücksichtigt wird.

Frau Baumgart bestätigt, dass die demografischen Daten selbstverständlich in die Planung einfließen. Die Bedarfsplanung sei bis ins Detail ausgearbeitet. Große Veränderungen seien jedoch nicht mehr zu erwarten.

Oberbürgermeister Zenner fragt, ob Frau Baumgart die Hoffnung hat, dass künftig genügend Hausärzte gefunden werden können.

Frau Baumgart verneint dies. Sie betont, dass es zukünftig andere Modelle braucht. In der Lausitz habe bereits ein erstes Modellprojekt. Auch für das Vogtland sei ein solches Modell geplant. Die Versorgung muss künftig in Teampraxen organisiert werden. In der Lausitz sei ein junger Arzt plötzlich schwer erkrankt, die Praxis werde nun von drei medizinischen Fachangestellten weitergeführt. Sie ist per Video mit umliegenden kooperierenden Praxen verbunden.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Freie Bürgerliste, nimmt Bezug auf die Ausführungen von Frau Baumgart zum kommunalen medizinischen Versorgungszentrum (MVZ). Er merkt an, dass auch ein älterer Arzt, der nur noch wenige Jahre bis zum Ruhestand hat, im MVZ angestellt werden könne. Dieser könne dann junge Ärzte in die Praxis holen. Aus seiner Sicht könnten dadurch Synergieeffekte entstehen.

Frau Baumgart erklärt, dass die ärztliche Weiterbildung fünf Jahre dauert und zwingend einen stationären Abschnitt umfasst. Das MVZ müsse daher in einen Weiterbildungsverbund eingebunden sein, um junge Ärzte gewinnen zu können. Außerdem seien engagierte Weiterbilder erforderlich. Sie sieht es kritisch, wenn Ärzte kurz vor dem Ruhestand diese Rolle übernehmen sollen. Weiterbilden sollten vielmehr Ärzte, die über eine Berufserfahrung von fünf bis maximal zehn Jahren verfügen.

4. Information

**4.1. Friedensrichterwahl 2025
INV-031/2025**

Frau Pauline Olejizak, Justiziarin, führt zur Vorlage aus.

5. Beschlussfassung

**5.1. Verkauf von Flurstück 529c der Gemarkung Chrieschwitz
BSV-137/2025**

Frau Nicole Friedel, Sachbearbeiterin Grundstücksverkehr, führt zur Vorlage aus.

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungs- sowie der Finanzausschuss der Stadt Plauen genehmigen den Verkauf von Flurstück 529c der Gemarkung Chrieschwitz mit einer Fläche von 630 m² zum Kaufpreis von 85,00 EUR/m² (53.550 EUR) an die Eheleute Carolin und Martin Gabriel, Plauen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

6. Vorberatung

**6.1. Satzung über die Feuerwehr der Stadt Plauen (Feuerwehrsatzung)
BSV-138/2025**

Herr Dr. René Schreiter, FBL Sicherheit und Ordnung, stellt die Satzung über die Feuerwehr der Stadt Plauen vor.

Herr Uwe Geisler, sachk. Einwohner Fraktion Freie Bürgerliste, äußert Kritik daran, dass keine Synopse vorliegt. Gerade weil es viele Änderungen gibt, wäre eine Synopse seiner Ansicht nach sinnvoll gewesen. Als Beispiel nennt er die Steigerung der Personalansätze im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst von 34,90 EUR auf weit über 60,00 EUR.

Herr Dr. Schreiter erklärt, dass diese Steigerung auf dem Kalkulationsgang basiert, der durch den Freistaat Sachsen vorgegeben ist. Die Stadt Plauen ist verpflichtet, nach diesem Schema zu kalkulieren. Daher kommt es zu den erheblichen Kostensteigerungen. Ähnlich verhält es sich im Bereich der Fahrzeuge, auch dort steigen die Kosten deutlich.

Herr Uwe Geisler, sachk. Einwohner Fraktion Freie Bürgerliste, fragt nach, ob diese Informationen bereits kommuniziert wurden.

Herr Dr. Schreiter bestätigt, dass bereits ein Schreiben aufgesetzt wurde, in dem auch über die juristischen Hintergründe informiert wird. Den Einwand zur fehlenden Synopse kann er nachvollziehen. Er erklärt, dass zu Beginn eine Synopse erstellt wurde, es jedoch immer schwieriger wurde, einen Quervergleich zu ermöglichen. Aus diesem Grund habe man sich intern entschieden, auf eine Synopse zu verzichten, da diese zu unübersichtlich geworden wäre.

Herr Sascha Giller, Justiziar, ergänzt, dass eine Synopse tatsächlich unübersichtlich gewesen wäre. Es wurden aus vier Satzungen zwei neue gemacht, teilweise mit neuen Textfassungen.

Herr Uwe Geisler, sachk. Einwohner Fraktion Freie Bürgerliste, zeigt sich weiterhin kritisch. Auch in anderen Fällen, in denen ganze Gesetze zusammengeführt wurden, wurden entsprechende Synopsen erstellt. Er stellt daher die Transparenz in Frage.

Oberbürgermeister Zenner kann die Kritik nachvollziehen, weist aber darauf hin, dass die Satzungen im Feuerwehrausschuss behandelt wurden, in dem auch Stadträte vertreten sind. Es liegt also nichts vor, das den Fachleuten nicht bereits bekannt ist.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, kritisiert ebenfalls die fehlende Synopse und bittet darum, dass für die Satzung zur Regelung des Kostensatzes im nächsten Stadtrat eine entsprechende Synopse vorgelegt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung der Stadt Plauen über die Feuerwehr der Stadt Plauen (Feuerwehrsatzung) zum 01.01.2025.

Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Plauen über die Feuerwehr der Stadt Plauen (Feuerwehrsatzung) vom 22.11.2004 und die Satzung der Stadt Plauen über die Entschädigung von Angehörigen der Feuerwehr der Stadt Plauen (Feuerwehrentschädigungssatzung) vom 12.12.2008 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

**6.2. Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Einsätze der Feuerwehr der Stadt Plauen (Feuerwehrkostensatzung)
BSV-139/2025**

Herr Dr. René Schreiter, FBL Sicherheit und Ordnung, stellt die Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Einsätze der Feuerwehr vor.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Einsätze der Feuerwehr der Stadt Plauen (Feuerwehrkostensatzung).

Gleichzeitig tritt die Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Einsätze der Feuerwehr der Stadt Plauen (Feuerwehrkostensatzung) vom 23.11.2012 sowie die Satzung der Stadt Plauen über die Erhebung von Kosten für die Durchführung der Brandverhütungsschau (Brandverhütungsschaukostensatzung) vom 05.01.2008 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

**6.3. Satzung zur 13. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Plauen
BSV-120/2025**

Herr Sascha Giller, Justiziar, macht Ausführungen zur Vorlage.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, bedankt sich bei der Verwaltung dafür, dass sie den Antrag angenommen hat. Ziel sei es, zum einen die Verwaltung zu entlasten und zum anderen das Einstellungsverfahren zu verkürzen.

Im Hinblick auf die geplante Zusammenlegung der Ausschüsse bittet er um eine Grafik für die nächste Stadtratssitzung, in der die Ausschussthemen noch einmal übersichtlich dargestellt werden. Darüber hinaus spricht er die zahlenmäßigen Anpassungen an. Da sich auch die Befugnisse des Oberbürgermeisters erweitern, wünscht er sich am Beispiel des Jahres 2024 eine Übersicht darüber, welche Vorlagen bisher im Finanzausschuss behandelt wurden und künftig in die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters fallen.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass erweiterten Befugnisse relativ wenig praktische Auswirkung haben wird. In der heutigen Zeit bekommt man für 35.000,00 EUR einfach nicht mehr das, was man vor 5 Jahren noch bekommen hat. Die Grenze ist dabei sehr überschaubar. 50.000,00 EUR sind für eine Stadt wie Plauen eine gute Richtgröße mit der man gut arbeiten kann.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Die Linke/Grüne, liest § 6 Absatz 2 der Hauptsatzung von 2008 vor:

„Zur widerruflichen Berufung sachkundiger Einwohner als beratende Ausschussmitglieder kann jede Fraktion mindestens einen sachkundigen Einwohner vorschlagen.“

Sie erklärt, dass sie in der vergangenen Legislaturperiode die Erfahrung gemacht hat, dass ein sachkundiger Einwohner ihrer Fraktion nicht mehr erreichbar ist. In der Regel kündigt ein sachkundiger Einwohner selbst an, dass er nicht länger in dieser Funktion tätig sein möchte. Sie möchte wissen, ob ein Widerruf in einem solchen Fall auch von Seiten der Fraktion wirksam ist.

Herr Giller antwortet, dass das Recht zum Widerruf sogar originär beim Stadtrat liegt und nicht etwa beim sachkundigen Einwohner. Insofern kann jede Fraktion den von ihr benannten Kandidaten auch ohne Mitwirkung des sachkundigen Einwohners zum Widerruf vorschlagen

und einen neuen Kandidaten benennen. Im Stadtrat wurde in der Vergangenheit stets eine Einigung zu den Vorschlägen der Fraktionen in Bezug auf ihre „eigenen“ Kandidaten gefunden.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, erkundigt sich, ab wann die Änderungen in Kraft treten sollen.

Er bringt außerdem folgende Anmerkungen zu den Änderungen in der Hauptsatzung vor:

- In § 1 regt er an, zu ergänzen, dass die Beigeordneten die Amtsbezeichnung Bürgermeister führen.
- Zu § 2 Absatz 5 fragt er, ob das Stadtwappen auch von Mitgliedern des Stadtrats verwendet werden darf, zum Beispiel auf Visitenkarten.
- In Bezug auf § 4 Absatz 3 weist er darauf hin, dass der Stadtrat zwar für die Übertragung einer Leitungstätigkeit an tariflich Beschäftigte oder Beamte zuständig ist, nicht jedoch für deren Einstellung. Als Beispiel nennt er die Einstellung eines neuen Direktors für das Museum. Wird dieser in einer Entgeltgruppe unterhalb der Stufe 13 eingestellt, ist der Stadtrat lediglich an der Übertragung der Leitungsfunktion beteiligt. Dies empfindet er als unzureichend.
- Die in § 5 vorgesehene Bildung neuer Ausschüsse sieht er kritisch. Insbesondere äußert er Bedenken hinsichtlich der Zusammenlegung des Wirtschaftsförderungsausschusses mit dem Verwaltungsausschuss. Zwar könne dadurch der Aufwand für die Verwaltung reduziert werden, allerdings sei zu erwarten, dass die Sitzungen des neuen Ausschusses deutlich länger dauern.
- Darüber hinaus weist er darauf hin, dass der Ältestenrat zwar in der Geschäftsordnung geregelt wird, er jedoch eine Darstellung der Zusammensetzung und eine Erläuterung auch in der Hauptsatzung für sinnvoll hält.

Oberbürgermeister Zenner spricht die Zusammenlegung des Wirtschaftsförderungsausschusses mit dem Verwaltungsausschuss an. Er erläutert, dass der Wirtschaftsförderungsausschuss mangels Themen regelmäßig entfällt. Außerdem führt er aus, dass Frau Bürgermeisterin Wolf in einem Bereich tätig ist, für den sie nicht verantwortlich ist. Er ist der Auffassung, dass die Wirtschaftsförderung zur Chefsache erklärt werden sollte. Der Hintergrund der Zusammenlegung einzelner Ausschüsse besteht darin, dass diese dort angesiedelt werden sollen, wo auch die Entscheidungskompetenzen liegen.

Herr Giller erklärt, dass die Bezeichnungen in § 1 angepasst werden können. Außerdem sichert er zu, dass das Stadtwappen von den Stadträten verwendet werden darf.

Zur Zusammenlegung des Wirtschaftsförderungsausschusses mit dem Verwaltungsausschuss äußert er, dass es ohnehin häufig Themen gibt, die in beiden Ausschüssen behandelt werden müssen. Er hebt die Synergieeffekte für das Ehrenamt hervor, da durch die Zusammenlegung nur ein gemeinsamer Ausschusstag notwendig ist. Zwar könne die Sitzung dadurch länger dauern, jedoch müsse ein Ehrenamtlicher nicht an zwei verschiedenen Tagen teilnehmen.

Weiter erklärt er, dass sämtliche personellen Angelegenheiten für leitende Angestellte im Stadtrat behandelt werden.

Frau Blume-Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung, führt aus, dass, wenn sie jemanden in der Entgeltgruppe 11 einstellt und dieser Person eine Leitungsfunktion überträgt, der Vorgang sowohl im Verwaltungsausschuss als auch im Stadtrat behandelt wird. Wird jemand in der Entgeltgruppe 13 eingestellt und erhält eine Leitungsfunktion, ist ebenfalls der Verwaltungsausschuss und der Stadtrat zuständig. Auch wenn jemand in der Entgeltgruppe 13 ohne Leitungsfunktion eingestellt wird, erfolgt die Behandlung im Verwaltungsausschuss sowie im Stadtrat. Die Übertragung einer Leitungsfunktion wird dabei ausdrücklich in Punkt c) erwähnt. Sie regt an, dass die Fraktionen gern Vorschläge für eine bessere Formulierung einbringen können.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, schlägt vor den Punkt a) wie folgt zu ergänzen:

- a) die Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung der tariflich Beschäftigten ab der Entgeltgruppe 13 TVöD, von Beschäftigten mit außertariflicher Vergütung sowie von Beschäftigte mit Leitungsfunktion

Punkt c) soll dafür entfallen.

Oberbürgermeister Zenner und Frau Blume-Brake stimmen der Änderung zu und werden diese entsprechend umsetzen.

Oberbürgermeister Zenner spricht erneut die Zuständigkeitsänderungen in den Ausschüssen an und fragt, ab wann diese wirksam werden sollen.

Herr Giller erklärt, dass die Änderungen zum 1. Januar 2026 in Kraft treten sollen.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Freie Bürgerliste, erkundigt sich, ob heute bereits über die Änderungen abgestimmt werden soll oder ob es sich lediglich um eine erste Lesung handelt.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass es sich um die erste Lesung handelt.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Freie Bürgerliste, merkt außerdem an, dass auch seine Fraktion die Zusammenlegung der Ausschüsse kritisch sieht. Da seine Fraktion relativ klein ist, würde dies die Mitwirkung ehrenamtlich Engagierter einschränken. Es wäre ein ehrenamtlich Tätiger weniger, der sich in die Ausschussarbeit einbringen könnte.

Auch die Änderungen im Bereich der Personalangelegenheiten bewertet er kritisch. Er möchte wissen, in wie vielen Fällen Bewerber abgesprungen sind, weil sich die Entscheidungsprozesse im Stadtrat und in dessen Gremien zu lange hingezogen haben.

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, berichtet, dass seine Fraktion zuletzt den Wirtschaftsförderer Herrn Körner eingeladen hat, um sich ein Bild von dessen Arbeit zu machen. Er äußert, dass der städtische Wirtschaftsförderer in der Öffentlichkeit möglicherweise zu wenig wahrgenommen wird. Er wünscht sich, dass dieser seine Projekte sichtbarer präsentiert.

Auch er äußert sich kritisch zur geplanten Zusammenlegung des Verwaltungs- und Wirtschaftsförderungsausschusses. Er stimmt Oberbürgermeister Zenner zwar zu, dass die Wirtschaft natürlich Chefsache ist, betont jedoch, dass seine Fraktion bei den vorgeschlagenen Änderungen noch Klärungsbedarf sieht.

Stadtrat Lars Gruber, Fraktion SPD/Initiative, äußert ebenfalls Skepsis gegenüber der Zusammenlegung der Ausschüsse. Aus seiner Sicht wirkt es so, als hätte die Stadt Plauen die Wirtschaft aufgegeben. Dabei sei die Wirtschaft genau das, was die Stadt dringend braucht.

Oberbürgermeister Zenner betont, dass es ihm ein wichtiges Anliegen sei, die Wirtschaftsförderung wieder stärker in die Öffentlichkeit zu bringen. Die derzeitige Außendarstellung sei nicht zufriedenstellend.

Herr Uwe Geisler, sachk. Einwohner Fraktion Freie Bürgerliste, stellt eine Frage zu § 6 Absatz 3, in dem es um die sachkundigen Einwohner geht. Dort ist festgelegt, dass die Sachkunde nachzuweisen ist. Er möchte wissen, welcher Nachweis von den Fraktionen in diesem Zusammenhang vorgelegt werden soll.

Herr Giller antwortet, dass dieser Passus auf Anregung der Kommunalaufsicht aufgenommen wurde, da er auf Grundlage der Sächsischen Gemeindeordnung erforderlich sei. In der Praxis bedeute dies jedoch nicht, dass ein formales Zeugnis vorzulegen sei. Die Sachkunde ergebe sich in der Regel bereits aus dem Engagement oder der beruflichen Tätigkeit des sachkundigen Einwohners.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die als Anlage beigefügte 13. Änderungssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Plauen.

Keine Abstimmung erfolgt.

**6.4. Aufhebung der Haushaltssperre für die Nutzung von KI
BSV-140/2025**

Frau Carola Blume-Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung, führt zur Vorlage aus.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, erklärt, dass ursprünglich von der AfD-Fraktion der Antrag gestellt wurde, die Position zu streichen. Dies geschah auch aus Unkenntnis, da zunächst unklar war, was sich genau dahinter verbirgt. Die entstandenen Unsicherheiten konnten jedoch in der Arbeitsgruppe Digitalisierung ausgeräumt werden. Aus seiner Sicht kann die Haushaltssperre aufgehoben werden.

Oberbürgermeister Zenner zeigt sich zuversichtlich, dass die Stadt Plauen im Bereich Künstliche Intelligenz weiter Fortschritte macht. Er betont die gute Zusammenarbeit mit der Dualen Hochschule zum Thema KI.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, erkundigt sich, an welche Zielgruppe sich der Chatbot richtet. Er äußert Zweifel, ob der Chatbot tatsächlich eine Hilfe darstellt.

Frau Blume-Brake antwortet, dass der Chatbot auf der Internetseite der Stadt Plauen eingesetzt wird. Er wird gezielt mit Themen rund um die Stadt Plauen trainiert. Neben Deutsch soll der Chatbot auch Englisch beherrschen, weitere Sprachen sind zu einem späteren Zeitpunkt geplant. Alle Fachbereiche im Rathaus wirken am Training des Chatbots mit. Aktuell wird er mit rund 1.000 Fragen angeleitet. Zudem erläutert sie, dass die Stadt eine verantwortliche Person für den Bereich KI ausbilden muss und alle Mitarbeiter im Umgang mit KI geschult werden. Besonders im Bereich Datenschutz gibt es viele Aspekte zu beachten.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Aufhebung der durch den Stadtrat am 17.12.2024 beschlossenen Haushaltssperre für das Schlüsselprodukt 111607 - Informationstechnik - „KI in der Verwaltung“.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

7. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Freie Bürgerliste, informiert, dass sich das Jugendblasorchester aus Pilzen im Dezember oder Januar mit dem Wunsch an die Stadt Plauen gewandt hat, beim Spitzenfest oder einem anderen Stadtfest aufzutreten. Bislang haben sie keine Antwort auf ihre Anfrage erhalten. Er bittet um Prüfung dieses Sachverhaltes.

Stadtrat Lars Gruber, Fraktion SPD/Initiative, erklärt, dass im Stadtzentrum vermehrt Fahrzeuge mit rotem Punkt abgestellt sind. Als Beispiel nennt er ein Fahrzeug in der Jößnitzer Straße, das sehr ungünstig teilweise auf der Straße und vor einer Einfahrt steht. Er möchte wissen, welche Maßnahmen hinsichtlich dieser Fahrzeuge ergriffen werden.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, erklärt, dass gegenüber dem Restaurant Uluru und vor dem Park an der Neundorfer Straße, Ecke Dittrichplatz, eine Telefonsäule der Telekom steht, die aufgrund von Vandalismus nicht mehr nutzbar ist. Die Thematik hatte er bereits vor rund einem Jahr angesprochen und damals von der Telekom die Rückmeldung erhalten, dass sich darum gekümmert werde. Da bisher nichts passiert ist, bittet er, das Vorhaben erneut zu prüfen.

Oberbürgermeister Zenner sagt für alle drei Anfragen eine schriftliche Beantwortung durch den zuständigen Geschäftsbereich zu.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Claudia Hänsel
Stadträtin

Plauen, den 22.05.2025

Plauen, den

Linda Sämann
Schriftführerin

Prof. Dr. Lutz Kowalzik
Stadtrat